

Resolution

25.11.2017

Lebensgrundlagen gemeinsam erhalten!

Das Insektensterben und der dramatische Bestandsrückgang der Vögel im Offenland belegen auf drastische Weise, dass wir auch in Baden-Württemberg vor einer großen Herausforderung stehen: Es geht darum, die Art der Landbewirtschaftung mit dem Erhalt und der Förderung der heimischen Artenvielfalt in Einklang zu bringen. Zwar ist die Gemeinsame Agrarpolitik der EU (GAP) mit ihrer umweltschädlichen Gießkannenförderung die treibende Kraft für die Stille auf unseren Äckern. Nichtsdestotrotz sehen die Delegierten der NABU-Landesvertreterversammlung (LVV) 2017 das Land Baden-Württemberg in der Pflicht und appellieren an Grün-Schwarz, Verantwortung zu übernehmen und die Gestaltungsspielräume auf Landesebene voll auszuschöpfen. Außerdem rufen sie Kirchen und Kommunen dazu auf, ihrer gesellschaftlichen Verantwortung entsprechend zu handeln und ihre Flächen pestizidfrei und ökologisch verträglich zu pflegen und zu bewirtschaften.

Die landwirtschaftlichen Familienbetriebe müssen aus der Lebensmittelproduktion und der Pflege unserer Kulturlandschaft ein angemessenes Auskommen erzielen. Zugleich müssen die Rahmenbedingungen so gestaltet sein, dass ihre betrieblichen Aktivitäten Natur und Umwelt erhalten und fördern, statt sie zu belasten und zu zerstören.

Deshalb fordert die LVV des NABU Baden-Württemberg von der grün-schwarzen Landesregierung ...

... auf Bundes- und EU-Ebene:

- den vollen Einsatz des Landes **für eine neue EU-Agrarpolitik ab 2021**. Diese Agrarpolitik muss sicherstellen, dass unsere Steuergelder nicht weiter in umweltschädliche landwirtschaftliche Subventionen fließen. Im Gegenteil müssen damit Maßnahmen finanziert werden, die der Artenvielfalt und dem Schutz von Wasser, Boden, Luft und Klima dienen.
- den vollen Einsatz des Landes **für die Reduktion von Pestiziden in der Landwirtschaft**. Dazu braucht es erstens unabhängige und komplett transparente Prüf- und Zulassungsverfahren bei Pestiziden. Und zweitens das Verbot besonders schädlicher Wirkstoffe. Dazu gehören Glyphosat und alle Insektizide aus der Gruppe der Neonicotinoide sowie Fipronil.

... auf Landesebene:

- die zielgerichtete Umsetzung des „Sonderprogramm zur Stärkung der biologischen Vielfalt“. Die darin formulierte Pestizidreduktionsstrategie muss in ein **Pestizidreduktionsprogramm** übersetzt werden – mit dem Ziel, den Pestizideinsatz in Baden-Württemberg bis 2025 um 50 Prozent zu reduzieren.
- die **Stärkung des Natur- und Umweltschutzes in der landwirtschaftlichen Lehre**, Forschung und Ausbildung.
- die **Landesflächen vorbildlich zu bewirtschaften**. Dazu gehören der vollständige Verzicht auf Pestizide auf **landeseigenen Flächen** sowie die Umstellung der Staatsdomänen und landeseigenen Lebensmittelbetriebe auf biologische Landwirtschaft. Gleiches gilt für kommunale und kirchliche Flächen und Betriebe.